

Der König gewinnt die Parlamentswahlen in Marokko

Eva Wegner

Parlamentswahlen in arabischen Autokratien bieten wenig Überraschungen. Das gilt auch für die marokkanischen Wahlen vom 7. September 2007. Nicht erwartet hatte man jedoch, dass die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Parti de la Justice et du Développement – PJD) nur als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen hervorging. Zweifelsohne wurde in einigen europäischen Hauptstädten aufgeatmet: Europäische Politik wird sich in den kommenden fünf Jahren nicht mit einem islamistischen marokkanischen Premierminister auseinandersetzen müssen. Doch ist damit weder das »islamistische Problem« in Marokko gelöst, noch sind die Wahlen ein Fortschritt in Richtung Demokratisierung. Es ist an der Zeit, die europäische Politik gegenüber den Islamisten und dem marokkanischen Regime zu überdenken.

Der Sieger der marokkanischen Parlamentswahlen heißt Mohammed VI. Obwohl der König keiner politischen Partei angehört und Palastparteien bei den Wahlen nur mittelmäßig abschnitten, ist das Ergebnis für die Erhaltung seiner politischen Macht sehr vorteilhaft. Das neue marokkanische Parlament ist so fragmentiert wie seine Vorgänger. Von den 33 Parteien, die sich zur Wahl gestellt haben, sind nun 19 im Parlament vertreten, von denen fünf nur ein Mandat und weitere fünf jeweils weniger als fünf Mandate erringen konnten. Die stärkste Kraft, die *Istiqlal*-Partei, hat 16% der Mandate gewonnen, die nächstfolgende PJD 14%. Aufgrund dieser Fragmentierung des Parlaments ist erneut mit einer typischen marokkanischen Regierungskoalition aus

mindestens fünf Parteien zu rechnen, die nicht ein gemeinsames Programm, sondern vor allem das Streben nach Ämtern und Patronage eint. Von diesem Parlament wird kein Druck auf den Palast ausgehen, die Regierungsgeschäfte den gewählten Instanzen zu überlassen.

Während westliche Regierungen erwartungsgemäß die Wahlen als demokratisch und transparent lobten, sah die Mehrzahl der Marokkaner das anders. Nur 37% der registrierten Wähler (ca. 30% der Wahlberechtigten) suchten ein Wahllokal auf. Ihnen ist durchaus bewusst, dass Wahlen wegen der Dominanz des Königs nicht viel mit politischen Inhalten und Politikgestaltung zu tun haben. Der König hat, obwohl Marokko laut Verfassung eine »konstitutio-

nelle, demokratische und soziale Monarchie« ist, weitreichende Befugnisse. Er ernennt den Premierminister und auf dessen Vorschlag die Regierung. Dabei muss er die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht berücksichtigen. Außerdem sind die sogenannten »Souveränitätsminister« (Außenpolitik, Verteidigung, Inneres, Justiz, religiöse Angelegenheiten) keine Parteivertreter, sondern Vertraute des Königs. Entsprechend sehen Marokkaner in Wahlen vorrangig einen Wettstreit korrupter Eliten und erwarten von ihren Abgeordneten vor allem persönliche Hilfestellung beispielsweise bei der Jobsuche oder der Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen.

Wahlergebnis kein Zufall

Ob tatsächlich, wie die PJD noch am Wahlabend behauptete, manipuliert wurde, ist nicht belegt. Der Ablauf von Wahlen ist in Marokko weitaus transparenter, und politische Kräfte haben mehr Freiheiten als beispielsweise in Tunesien oder Ägypten.

Sicher hat das Ergebnis aber mit eindeutiger – und legaler – Manipulation der Wahlen zu tun. Die Wahlkreise wurden so zugeschnitten, dass ein Abgeordneter zwischen knapp 3000 und bis zu 64 000 Wähler repräsentiert. Dabei sind Wähler auf dem Land extrem überrepräsentiert. Die überwiegende Zahl der Anhänger von Islamisten und auch linken Oppositionsparteien sind Städter. Auf dem Land, wo die meisten der 50% Analphabeten Marokkos leben, wird die Politik hingegen noch stark von lokalen Notablen bestimmt. Überdies begünstigt das marokkanische Wahlsystem kleine Parteien. Danach ist es für Parteien fast unmöglich, in einem Wahlkreis mehr als einen Sitz zu gewinnen. Kurz, das Wahlgesetz ist ein Instrument der bislang sehr erfolgreichen marokkanischen Herrschaftsstrategie des »Spalte und Herrsche«.

Palast und politische Parteien

An dieser Strategie sind in Marokko bislang alle politischen Parteien gescheitert, die

den Anspruch erhoben, Politik gestalten bzw. die Monarchie konstitutionalisieren zu wollen. Dies galt selbst für jene Parteien, hinter deren Gründung der Palast stand. Ebenso wie linke Parteien wurden sie zur Zielscheibe von Repression und Spaltungsversuchen durch den König, sobald sie Anstalten machten, eine eigenständige Politik zu formulieren. Um Parteien zu schwächen, die mit einem Reformprogramm antraten, hat sich zudem die Einbindung in Regierungsverantwortung als probates Mittel erwiesen. Zuletzt machte die linksorientierte *Union Socialiste des Forces Populaires* diese Erfahrung, die nach über 30 Jahren in der Opposition von 1998 bis 2002 die Regierung leitete, dann aber lediglich für die Verwaltung wirtschaftlicher und sozialer Probleme zuständig war und diese politisch zu verantworten hatte. In den Septemberwahlen gewann die einst stärkste Partei der Linken nur noch 38 Sitze.

Islamisten auf dem Weg zur Systempartei

Trotz des Wahlrechts wurde erwartet, dass die PJD als deutlich stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgehen würde. Noch am Wahltag trauten ihr marokkanische und westliche Experten bis zu 40% der Stimmen zu.

Dass die PJD die meisten Wählerstimmen erhielt, aber nur fünf Mandate zu ihren bisher 42 hinzugewann, mag mit Stimmenkauf durch andere Parteien zusammenhängen. Internationale Wahlbeobachter sprachen in ihrem vorläufigen Bericht nur von vereinzelten Unregelmäßigkeiten, wollten die von der PJD erhobenen Korruptionsvorwürfe aber auch nicht als haltlos zurückweisen. Eine andere Erklärung könnte sein, dass die PJD, wie bislang jede Partei, die mit einem Reformprogramm antrat, bereits an die Grenzen der Vereinbarkeit von Insider-Status und Outsider-Diskurs und an die Grenzen der Politikgestaltung in einem autoritären System gestoßen ist und von den marokkanischen Wählern zunehmend als Teil des Problems und nicht als Lösung oder Alternative angesehen wird.

In den letzten Wahlen hatte die PJD vor allem durch die Betonung des Kampfs gegen die Korruption und einen anti-elitären Diskurs die Unterstützung vieler Wählerinnen und Wähler gewonnen. Im Parlament etablierte sie sich in der ersten Legislaturperiode erfolgreich als Anwältin des kleinen Mannes gegenüber einer korrupten Elite. Nach Einschätzung ihrer Führung hatte die PJD, die im Unterschied zu den jordanischen und ägyptischen Islamisten nicht auf eine starke Organisation und Wohltätigkeitsmaschine zur Wählermobilisierung zurückgreifen kann, in der Vergangenheit viele Protestwähler auf ihre Seite gezogen. Es spricht einiges dafür, dass diese Wähler im September 2007 zu Hause geblieben sind.

Bislang sind zwar noch keine Korruptionsfälle in der PJD bekannt geworden, auch weil die Parteiführung ihre Vertreter in den politischen Institutionen stark kontrolliert. In der Kommunalpolitik ist die PJD allerdings schon an die systembedingten Grenzen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten gestoßen. Der PJD-Bürgermeister von Meknes, das einzige PJD-Mitglied, das eine wichtige Stadt regiert, hat in den letzten Jahren mehrmals sein Rücktrittsgesuch bei der Parteispitze eingereicht, da der vom König eingesetzte Gouverneur ihm keinerlei Handlungsspielraum ließ. Bei den Meinungsverschiedenheiten ging es keineswegs um islamistische Positionen – dass in Meknes der größte Weinproduzent Marokkos ansässig ist, war der PJD keine Politikinitiative wert –, sondern um soziale Projekte, für die der Gouverneur, ein ehemaliger Sprecher des Palastes, die sonst üblichen Subventionen verweigerte. Dies war – nicht nur in den Augen der PJD – ein Versuch, Erfolge der Partei auf kommunaler Ebene zu verhindern. Die PJD leidet damit mehr und mehr unter den Problemen aller marokkanischen Parteien, die tatsächlich Politik gestalten wollen.

Für die PJD kommt noch hinzu, dass sie nach den Attentaten vom 16. Mai 2003 in Casablanca viele schmerzhaftes Kompromisse mit dem Palast eingehen musste, um

ihre konstruktive Haltung unter Beweis zu stellen. Obwohl sie nicht in die Attentate verwickelt war, geriet sie in einem allgemeinen anti-islamistischen Klima in die Defensive. Um einem möglichen Parteiverbot vorzubeugen, unterstützte sie Palastgesetze, die im ideologischen Widerspruch zur Parteilinie stehen – wie die Reform des Personenstandsrechts –, oder solche, die politische Rechte und Freiheiten beschneiden, wie das Antiterrorismusgesetz. Damit ist aus der Protestpartei PJD in den letzten Jahren zusehends eine Systempartei geworden.

Mögliche Polarisierung

Nach den Wahlen stimmte die PJD zum ersten Mal nicht in die Lobeshymnen des Regimes und externer Akteure über die demokratische Qualität der Wahlen ein.

Die Parlamentswahlen 2002, bei denen die PJD nur 50% der Wahlkreise abdecken durfte, hatte Parteiführer Saadeddine Al-Othmani noch ganz regimekonform als wichtigen Schritt in Marokkos demokratischer Transition gepriesen. Auch bei den Kommunalwahlen 2003 enthielt sie sich jedweder Kritik, obwohl die PJD auf Druck des Palastes ihre Partizipation auf 16% der Wahlkreise reduzieren musste. Dass Lahsen Daoudi, einer der pragmatischsten Parteiführer, die jetzigen Wahlen als einen Rückschritt für die marokkanische Demokratie anprangerte, ist alarmierend – unabhängig davon, ob die Wahlen tatsächlich manipuliert wurden oder es sich nur um den Protest eines schlechten Verlierers handelt. Selbst pragmatische Vertreter der Partei, die bislang ihrer Basis die Notwendigkeit von Kompromissen vermittelt haben, sind offenbar zunehmend unzufrieden. Im schlimmsten Fall könnte der partizipative reformistische Ansatz innerhalb der islamistischen Strömung, für den die PJD steht, an Glaubwürdigkeit verlieren; radikalere Strategien könnten im Gegenzug als letztlich einzige Möglichkeit zur Politikveränderung Anhänger gewinnen.

Erleichterung unangebracht

Wenn heute in europäischen Hauptstädten Erleichterung über Ergebnis und Ablauf der Wahlen herrscht, dann ist dies also voreilig. Weitaus mehr als einen islamistischen Premierminister sollten europäische Regierungen die Frustrationen nicht nur der Islamisten, sondern der marokkanischen Bevölkerung insgesamt über die Tatsache fürchten, dass es unmöglich erscheint, mit demokratischen Mitteln Einfluss auf die Politik zu nehmen. Europäische Politik kann kein Interesse daran haben, dass der konstruktive partizipative Ansatz der PJD an Überzeugungskraft verliert und dass diejenigen Strömungen an Einfluss gewinnen, die nicht bereit sind, innerhalb des Systems zu arbeiten. Islamisten, die erfolgreich an Wahlen teilnehmen, sind dagegen in der Lage, einen großen Teil von Sympathisanten in das System zu integrieren. Dafür muss ihnen aber auch eine echte Chance zur Politikgestaltung geboten werden.

Europäische Politik sollte das Thema »Demokratie und politischer Islam in Marokko« also nicht beruhigt zu den Akten legen, bis es 2012 zu einer Neuauflage »demokratischer, transparenter und fairer« Wahlen kommt. Marokko ist zwar deutlich weniger repressiv als andere arabische Staaten, es ist aber weder demokratisch noch befindet es sich in einem demokratischen Transitionsprozess. Bislang hat es europäische Politik versäumt, einen konstruktiven Umgang mit der PJD zu finden und auf Reformen in Marokko zu drängen. Es ist an der Zeit, das Versäumte nachzuholen.

Die PJD gehört dabei mit zu den unproblematischsten Partnern aus dem arabischen islamistischen Spektrum. Sie hat schon lange vor ihrer Einbindung jeglicher Gewaltanwendung eine Absage erteilt. Die Phase, in der diese Strömung der marokkanischen Islamisten den gewaltsamen Sturz des Regimes anstrebte, liegt schon fast 30 Jahre zurück. Bereits in den achtziger Jahren haben die Islamisten ihre Organisationsstrukturen demokratisiert; heute gehört die PJD zu den am demokratischsten organisierten Parteien Marok-

kos. Und seit langem sitzen Frauen in ihren höchsten Gremien. Schon für die ersten Parlamentswahlen wurden Frauen nominiert, und für den ersten ordentlichen Parteikongress 1999 gab die Parteiführung eine Frauenquote von 15% vor. Weiterhin haben die Islamisten in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit sind, schmerzhaft Kompromisse einzugehen und gegenüber ihrer Basis zu vertreten.

In dieser Hinsicht sollte europäische Politik von den USA lernen. Washington behandelt die PJD bereits seit Jahren als legitime Partei und bindet sie beispielsweise in Programme zur Professionalisierung politischer Parteien ein. Mit Hilfe solcher Programmangebote lässt sich ausloten, inwieweit Islamisten bereit sind, mit dem Westen zu kooperieren. Bislang können sie sich bequem in eine Opferrolle zurückziehen und andere Parteien als vom Westen ferngesteuerte Akteure denunzieren.

Weiterhin kann Kooperation dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit des pragmatisch-technokratischen Flügels der Islamisten zu stärken, indem sie vor Augen führt, dass Kompromissbereitschaft auch von außen honoriert wird. Vor allem würde ein direkter Kontakt mit der PJD aber eine realistischere Einschätzung ihrer Positionen erlauben. Es genügt eben nicht, sich auf die Aussagen des Regimes oder säkularer Parteiführer zu verlassen. Möglicherweise gäbe dieser Kontakt den Europäern auch den notwendigen Mut, auf politische Reformen in Marokko zu drängen, die alle marokkanischen Akteure stärken würden, die sich einen Rückzug der Monarchie aus dem Regierungsgeschäft wünschen. Dies birgt die Chance, dass 2012 mehr Marokkaner es für wert befinden, ein Wahllokal aufzusuchen. Wird diese Chance vertan, dürfte der Sieger der nächsten Parlamentswahlen wieder Mohammed VI. heißen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364